

<p><b>STELLUNGNAHME zum Antrag</b></p> <p>GRÜNE-Gemeinderatsfraktion SPD-Gemeinderatsfraktion KULT-Gemeinderatsfraktion Stadträtin Sabine Zürn (Die Linke) Stadtrat Niko Fostropoulos (Die Linke)</p> <p>vom: 15.10.2014 eingegangen: 15.10.2014</p>	<p>Gremium:</p> <p>Termin: Vorlage Nr.: TOP:</p> <p>Verantwortlich:</p>	<p><b>4. Plenarsitzung Gemeinderat</b></p> <p><b>18.11.2014</b> <b>2014/0209</b> <b>13</b> <b>öffentlich</b> <b>Dez. 6</b></p>
<p><b>Machbarkeitsstudie Ersatzbrücke</b></p>		

- Kurzfassung -

Seit längerem wird seitens der Stadt die Prüfung einer Ersatzbrücke gefordert, als Alternative zur im Planfeststellungsverfahren befindlichen zweiten Rheinbrücke Karlsruhe-Wörth.

Der Oberbürgermeister wird diesen Antrag daher zum Anlass nehmen, ein Schreiben an das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur Ba.-Wü. und das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur zu senden, mit der Bitte

- sich nochmals verstärkt dafür einzusetzen, dass die Ersatzbrücke in die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes aufgenommen wird.
- aufzuzeigen, wie im Sinne einer Konsensfindung „leistungsfähige Rheinquerung“ vom Bund bzw. Land eine Ersatzbrücke geprüft wird.
- die Notwendigkeit der vom Bund mit dem Bau der Nordbrücke avisierten Kapazitätssteigerung in der Zufahrt auf das Karlsruher Straßennetz kritisch zu hinterfragen.

Finanzielle Auswirkungen des Antrages <span style="float: right;">nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/></span>			
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)
Kontierungsobjekt: Ergänzende Erläuterungen:		Kontenart:	
ISEK Karlsruhe 2020 - relevant	nein <input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/>		Handlungsfeld: Mobilität
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>		durchgeführt am
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>		abgestimmt mit

- 1. Der Gemeinderat spricht sich dafür aus, zur Sicherung einer langfristigen leistungsfähigen Rheinquerung eine Ersatzbrücke vertieft zu prüfen.**
- 2. Zu diesem Zweck setzt sich die Stadt gegenüber der Landesregierung für die Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie zur Ersatzbrücke ein.**
- 3. Die Ersatzbrücke soll folgende Mindestvoraussetzungen erfüllen:**
  - **neuwertiger Ersatz der bestehenden, sanierungsbedürftigen Straßenbrücke über den Rhein.**
  - **je Richtung drei Fahrstreifen, eine Standspur sowie einen Rad- und Fußweg.**
  - **zwei sich selbst tragende Brückenhälften, um bei Unfällen und Baustellen den Verkehr über eine Brückenhälfte mit zwei Fahrstreifen je Richtung abwickeln zu können.**

Sachstand Ersatzbrücke:

- Bereits die Stellungnahme der Stadt Karlsruhe zum Planfeststellungsverfahren "Zweite Rheinbrücke Karlsruhe - Wörth" vom Juni 2011 enthält die Forderung nach der Prüfung von Alternativen inklusive einer Ersatzbrücke.
- Im Faktencheck im November 2011 hat das Regierungspräsidium Karlsruhe dargestellt, dass der Bau einer Ersatzbrücke technisch möglich wäre.
- Im August 2013 hat Herr OB Dr. Frank Mentrup an Frau StS Splett, Ministerium für Verkehr und Infrastruktur Ba.-Wü., geschrieben, mit der Forderung, explizit auch eine Ersatzbrücke zu prüfen (Schreiben erhielten die Fraktionen zur Kenntnis).
- Im Oktober 2013 hat Frau StS Splett geantwortet, dass das Land keine Ersatzbrücke prüfen kann, weil hierfür kein Auftrag vom Bund besteht, da durch ein Linienbestimmungsverfahren die Lage festgelegt wurde. Sie wird die Ersatzbrücke dem Bund als Projekt für die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes 2015 melden (Schreiben liegt als Anlage 1 bei).
- Bisher hat der Bund eine Ersatzbrücke jedoch nicht in die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes aufgenommen (Übersicht der vorgeschlagenen Vorhaben Ba.-Wü. des Bundesverkehrswegeplans liegt als Anlage 2 bei).

Der Oberbürgermeister wird diesen Antrag daher zum Anlass nehmen, ein Schreiben an das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur Ba.-Wü. und das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur zu senden, mit der Bitte

- sich nochmals verstärkt dafür einzusetzen, dass die Ersatzbrücke in die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes aufgenommen wird.
- aufzuzeigen, wie im Sinne einer Konsensfindung „leistungsfähige Rheinquerung“ vom Bund bzw. Land eine Ersatzbrücke geprüft wird.
- die Notwendigkeit der vom Bund mit dem Bau der Nordbrücke avisierten Kapazitätssteigerung in der Zufahrt auf das Karlsruher Straßennetz kritisch zu hinterfragen.

Der Verwaltung ist bewusst, dass die oben skizzierte Ersatzbrücke derzeit für den Bund keine Alternative zur geplanten Nordbrücke sein kann, da der Bund von der Notwendigkeit einer deutlichen Kapazitätssteigerung überzeugt ist. In Anbetracht der nachgelagerten Kapazität im Karlsruher Straßennetz und der realen zahlenmäßigen Verkehrsentwicklung regt die Stadt Karlsruhe die Infragestellung dieser Notwendigkeit an.